

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Ben Hilgers

Titel: **Mental Health ist Bildungsgerechtigkeit!
Psychische Gesundheit in Schulen endlich ernst
nehmen.**

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Grüne Jugend NRW fordert die Landesregierung auf, psychische Gesundheit als festen Bestandteil einer gerechten Bildungspolitik zu verankern und umfassende Maßnahmen zur Förderung mentaler Gesundheit an Schulen umzusetzen.

Konkret fordern wir:

1. Psychosoziale Fachkräfte an ALLEN Schulen

Keine Schule in NRW sollte ohne eine feste psychosoziale Fachkraft auskommen müssen. Eine Person, die zuhört, begleitet und im Notfall weiterhilft (z. B. Schulpsycholog*in, Sozialarbeiter*in). Diese Unterstützung muss landesweit dauerhaft finanziert werden und darf nicht von befristeten Programmen abhängen.

2. Prävention und Aufklärung im Schulalltag

Mentale Gesundheit soll selbstverständlicher Teil des Schulalltags sein. Regelmäßige Workshops zu Stressbewältigung, Achtsamkeit, Depression und Angststörungen sollen verbindlich stattfinden und gemeinsam mit Schüler*innenvertretungen, Fachstellen und der Wissenschaft entwickelt werden.

3. Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal

Lehrkräfte nehmen früh wahr, wenn etwas nicht stimmt. Doch oft fehlt ihnen

Sicherheit im Umgang. Verbindliche, praxisnahe Fortbildungen sollen Grundlagen zum Erkennen, Ansprechen und Weitervermitteln bei psychischen Belastungen bringen; ergänzt um Kenntnisse zu psychologischer Ersthilfe, Burnout-Prävention und diskriminierungssensiblen Handeln, insbesondere mit Blick auf queere Schüler*innen und Schüler*innen aus marginalisierten Gruppen.

4. Offener Umgang mit psychischer Gesundheit

Schulen sollen Orte sein, an denen über seelische Belastungen offen gesprochen werden kann. Eine landesweite Informations- und Sensibilisierungskampagne soll gemeinsam mit Schüler*innen entwickelt werden, um Wissen zu vermitteln und Hemmschwellen beim Hilfesuchen abzubauen.

5. Schneller Zugang zu Unterstützung

Schulen sollen feste Kooperationen mit Beratungsstellen, Therapeut*innen und der Jugendhilfe aufbauen. Schulpsycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen sollen Schüler*innen gezielt an passende Unterstützungsangebote vermitteln können. Dass Hilfesuchende aufgrund von langen Wartezeiten oder unklaren Zuständigkeiten keine Hilfe erlangen, dürfen wir nicht länger hinnehmen.

6. Langfristige Verankerung im Schulgesetz

Langfristig soll der Schutz und die Förderung psychischer Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften ausdrücklich im Schulgesetz NRW, gleichrangig mit körperlicher Gesundheit und Bildungsgerechtigkeit, verankert werden. Das schafft Verbindlichkeit und Planungssicherheit.

Begründung

Psychische Gesundheit ist laut Weltgesundheitsorganisation ein zentraler Bestandteil von Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit. Aktuelle Studien zeigen, dass psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland weiterhin hoch sind. Die COPSYS-Studie (2024) stellt dar, dass rund 22% der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten zeigen und 21 % sich in ihrer Lebensqualität eingeschränkt fühlen. Etwa 23% der Jugendlichen berichten über Angstsymptome, 17% gehören zu einer Risikogruppe, etwa aufgrund sozioökonomischer Benachteiligung, Migrationsgeschichte oder beengter Wohnverhältnisse.

Schule ist zentraler Lebensraum und damit ein entscheidender Ort für Prävention. Psychologische Forschung belegt, dass die Frühe Förderung emotionaler Kompetenzen, verlässliche Bezugspersonen und soziale Unterstützung das Risiko für Depressionen, Angststörungen und

Schulabbrüche senken.

Bildung bedeutet mehr als bloß akademisches Wissen. Zur umfassenden Bildung gehört auch das Erlernen von Strategien und Mechanismen zur Bewältigung von Problemen, um eine selbstbestimmte und gesunde Lebensführung zu ermöglichen. Das ist Teil des Bildungsauftrags und muss es auch bleiben. Persönlichkeitsbildung und die Förderung psychischer Gesundheit sind daher untrennbar miteinander verbunden. Wer psychisch stabil ist, kann sich besser auf fachliche Inhalte konzentrieren. Das schafft echte Chancengerechtigkeit.

Aus pädagogischer Sicht kann gute Bildung nur gelingen, wenn Schüler*innen sich sicher, gesehen und psychisch stabil fühlen. Wer unter chronischem Druck oder Angst steht, lernt schlechter. Mentale Gesundheit ist somit Voraussetzung für Lernerfolg und Bildungsgerechtigkeit.

Eine Schule, die psychische Gesundheit stärkt, fördert Resilienz, Empathie und Selbstwirksamkeit. Genau das sind die Kompetenzen, die junge Menschen in einer komplexen Welt brauchen.

Als Grüne Jugend NRW sagen wir: Mentale Gesundheit ist politisch. Wir wollen ein Bildungssystem, das Menschen stärkt, nicht nur bewertet. Das heißt: weniger Druck, mehr Zeit, mehr Räume für Austausch und echte Unterstützung, damit kein*e Schüler*in morgens mit Bauchschmerzen in die Schule gehen muss. Psychische Gesundheit darf kein Luxus sein, sondern ist ein Recht.